

## Nicht vergessen: Die Solidarität

Horst Parton,  
Vorsitzender der ISOR e.V.

Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Wir haben gelernt, mit einer Pandemie zu leben und uns dabei diszipliniert und solidarisch zu verhalten. Dafür gebührt allen Freunden, den Vorsitzenden der TIG und den Landesbeauftragten Dank und Anerkennung. Eingeschlossen darin ist die politisch kluge Arbeit der Redaktionskommission von



**ISOR aktuell.** Unser Mitteilungsblatt ist in der Arbeit unserer Initiativegemeinschaft als Verbindungsglied zwischen den Gruppen und Einzelmitgliedern nicht mehr wegzudenken.

Viele von uns erinnern sich noch gut daran, wie in der DDR gefährliche Volksseuchen (Pocken, Diphtherie, Masern, Tuberkulose, Polio u.a.) ausgerottet werden konnten und bringen deshalb keinerlei Verständnis dafür auf, wie Impfverweigerung als persönliches Freiheitsrecht deklariert werden kann.

Das Jahr 2021 war vom Wahlkampf und den Wahlen zum Bundestag und zu Landtagen, u.a. in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, geprägt. Die Regierungen sind gebildet und die Koalitionsvereinbarungen beschlossen. Die Ampelkoalition auf Bundesebene tritt mit dem Slogan „Mehr Fortschritt wagen“ an. Da allerdings das Vermögen der Superreichen nicht angetastet, Steuern nicht erhöht und die Schuldbremse eingehalten werden sollen, steht aller Fortschritt unter Finanzierungsvorbehalt, zumal zusätzlich noch die finanziellen Lasten aus der Corona-Pandemie abgetragen werden müssen. Eine von den GRÜNEN anvisierte Verkehrswende ist mit einem FDP-Verkehrsminister nicht in Sicht.

Keinerlei Fortschritt wird es voraussichtlich beim Abbau militärischer Aufrüstung und internationaler Spannungen geben. Die „nukleare Teilhabe“ wie auch die Bewaffnung mit Drohnen sind festgeschrieben. Ebenso Milliarden-Investitionen in ein Nachfolgemodell des atomwaffentragenden Flugzeuges „Tornado“. Eine stahlhelmgrüne, bis in die Knochen USA-hörige Außenministerin, die eine „robuste“,

gegen Russland und China gerichtete Außenpolitik anstrebt, gibt Anlass zu großer Sorge, wenn es um die Zukunft geht.

Die Ausweisung zweier Mitarbeiter der Russischen Botschaft unterlegt das. Die spiegelbildliche Reaktion, wie sie in der internationalen Diplomatie üblich ist, folgte prompt.

Eine Bürger- oder Erwerbstätigen-Versicherung, in die alle einzahlen und die die Rentenversicherung zukunftsfest gemacht hätte, ist vom Tisch. Mit der Einführung einer sogenannten Kapitalrente wird die Rentenversicherung zur Spielwiese für Spekulanten, so wie sich bereits die Riester-Rente als Profitquelle für Versicherungskonzerne erwiesen hat. Und der sogenannte Nachholfaktor – ursprünglich bis 2026 ausgesetzt – wird wieder angewandt. Damit werden Reallohnverluste mit künftigen Rentensteigerungen verrechnet und auf diese Weise schon im nächsten Jahr die vorgesehenen Rentenerhöhungen gesenkt. Zwar sollen das Mindestrentenniveau auf 48 Prozent begrenzt und Rentenkürzungen wie auch eine Erhöhung des Renten Eintrittsalters ausgeschlossen werden. Doch hier gilt das Gleiche wie für die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohnes auf 12 Euro. Setzt sich die bis auf mehr als fünf Prozent angestiegene Inflation fort, bleibt davon immer weniger übrig.

Völlig offen ist derzeit, ob das angekündigte Bürgergeld nur ein neues Etikett für Hartz IV sein soll und was eine Kindergrundsicherung bringt.

Noch in der letzten Wahlperiode wurde ein sogenannter Härtefallfonds zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung geschaffen, der neben Angehörigen von DDR-Zusatzversorgungssystemen auch für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler, bisher aber nicht für Angehörige von Sonderversorgungssystemen der DDR, gelten soll. Die neue Bundesregierung will daran festhalten. Aus diesem Fonds, über dessen Höhe Bund und Länder noch streiten, sollen einma-

### Das endgültige Wahlergebnis:

Wenn erst die großen Herren ihren Löffel in dem Brei haben, dann bleibt für den gemeinen Mann nur der kahle Teller.

(Feuchtwanger/Narrenweisheiten)

lige Entschädigungen gezahlt werden, jedoch nur für Rentner in der Nähe der Grundsicherung. Mit einer solchen Fondslösung wird vor allem signalisiert, dass die bestehenden rentenrechtlichen Regelungen nicht angetastet werden. Selbstverständlich werden wir das Ganze weiter aufmerksam verfolgen und ggf. unsere Forderungen erheben. Bisher ist nur sicher, dass aus den für diesen Fonds bereitgestellten Mitteln auch dessen Verwaltung bezahlt werden soll.

Zu den positiven Ergebnissen der Wahlen im Jahr 2021 zählt, dass die Linkspartei es (gerade noch) in den Bundestag geschafft hat und an den Regierungen in Berlin und Schwerin beteiligt ist. In Thüringen regiert die Linkspartei. Aber auch hier sind wir, bezogen auf die Beseitigung des Rentenunrechts, keinen Schritt weiter gekommen. Aus unserer Sicht wird das politische Überleben der Linkspartei davon abhängen, ob sie sich auf ihre friedenspolitischen, sozialen und ostdeutschen Wurzeln besinnt und erkennbar macht, wofür sie gewählt werden will. Da die FDP als Wächter der Kapitalinteressen die Bundesregierung dominiert, werden linke Politikansätze an Bedeutung gewinnen. Das heißt auch, dass den steigenden Mieten sofort Einhalt geboten werden muss.

Zwar wurden die löchrige Mietpreisbremse bis 2029 verlängert und die sogenannte Kapazitätsgrenze in angespannten Märkten von 15 auf elf Prozent in drei Jahren gesenkt, aber weder ein Mietendeckel noch ein kommunales Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten haben es in den Koalitionsvertrag geschafft.

Für uns bedeutsam ist die im Koalitionsvertrag enthaltene Formulierung: „Das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt der UNO werden wir ratifizieren.“ Ein solches Vorhaben stand schon in den letzten beiden Koalitionsverträgen als mögliche Entscheidung und ist nun als Vorhaben kategorisch formuliert. Wir begrüßen das und stellen uns darauf ein.

ISOR konnte 2021 auf den 30. Jahrestag ihrer Gründung zurückblicken. Auf örtlicher und regionaler Ebene wurde dieser Jahrestag in mitunter emotional bewegenden Veranstaltungen begangen. ISOR aktuell hatte darüber ausführlich berichtet. Der Wert unserer Organisation für Zusammenhalt, Solidarität und als politische Heimat ihrer Mitglieder wurde erneut und nachdrücklich bestätigt. Der aufopferungsvolle und selbstlose Einsatz der Funktionäre und Mitglieder für unseren Verein wurde auch mit Ehrenmedaillen und

Urkunden gewürdigt. Immer wieder wurde aber auch die Frage gestellt, wie es mit ISOR weitergehen soll. Darauf soll und wird die für 2022 einberufene ordentliche Vertreterkonferenz Antwort geben müssen.

Unser aller Feind ist die Unwissenheit über stattfindende soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und Verleumdung. Es wird Aufgabe des Vorsitzenden sein, im Bündnis mit Sozialverbänden und Organisationen sich dieser Frage stärker zuzuwenden. Das trifft auch auf die TIG-Vorstände zu und ist ein wichtiges Element der Solidarität.

ISOR wird auch weiter die willkürlichen Rentenkürzungen anprangern, obwohl von Politik und Justiz der BRD in absehbarer Zukunft keine Änderungen zu erwarten sind. Das war ist und bleibt eine Frage unserer Selbstachtung und Solidarität. So kämpfen wir auch weiter gegen den diskriminierenden Umgang mit unseren ostdeutschen Biografien und Geschichtsfälschungen.

**ISOR aktuell** war und ist im Meer der Desinformation und Manipulation eine wichtige Informationsquelle und für nicht wenige unserer Mitglieder sind die sozialen Kontakte innerhalb unserer Organisation unersetzbar.

Die finanzielle Basis unserer Vereinsarbeit ist langfristig gesichert. Unseren Verpflichtungen gegenüber dem OKV werden wir gerecht.

Unsere Mitglieder werden älter und auch

nicht gesünder. Deshalb dürfen wir den Sinn für die Realität nicht aus den Augen verlieren.

Das bedeutet, dass wir unsere Mitstreiter durch Tod und leider auch Austritte verlieren. Jährlich beklagen wir etwa 500 Sterbefälle. Unsere Initiativgemeinschaft hat gegenwärtig etwa 7000 Mitglieder. Es wird Aufgabe des Vorstandes sein, diese Entwicklung gründlich zu analysieren und der Vertreterversammlung diskutierbare Vorschläge zur Perspektive von ISOR zu unterbreiten. Natürlich können wir nicht in biologische Gesetze eingreifen und das Sterben verhindern. Wohl aber können wir die Austritte beeinflussen, aus welchen Gründen sie auch immer erfolgen; sei es der ausbleibende Erfolg bei der Beseitigung des Rentenunrechts oder verständliche Ermüdungen nach einem kämpferischen Leben. Vergessen wir nicht: Die Mehrheit der Angehörigen der NVA, VP, des Strafvollzugs und der Zollverwaltung konnten wir aus der Rentenstrafe herausholen. Für den Bereich MfS ist uns das leider nicht gelungen. Über eine Minderung sind wir nicht hinaus gekommen.

Aber ein Aufgeben gibt es für uns trotz alledem nicht. Wir werden weiterhin sich alle bietenden und eröffnenden Möglichkeiten nutzen, um unsere Kraft für die Herstellung der vollen sozialen Rechte, einschließlich des Rentenunrechts, einzusetzen, bis die Gerechtigkeit siegt.

Also werden wir auch die neue Regierung mit unseren Forderungen und Vorschlägen konfrontieren. Aber dazu brauchen wir jedes Mitglied unserer Gemeinschaft, die von der gelebten Solidarität ihre Kraft schöpft

Für das vor uns liegende Jahr 2022 wünsche ich allen Mitgliedern und Freunden der ISOR alles erdenklich Gute, viel Erfolg und vor allem Gesundheit!

### Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorsitzende von ISOR e.V. Horst Parton, informierte sich entsprechend seines lange bestehenden Wunsches bei einem Besuch des Redaktionskollegiums von **ISOR aktuell** im Dezember über die Arbeitsweise der Redaktion und die Entstehung der monatlichen Ausgaben.

Er berichtete über das positive Bild unserer Verbandszeitung, das diese in den TIG findet und betonte, dass mit Blick auf die Altersstruktur und die gegenwärtige epidemische Lage **ISOR aktuell** eine wichtige Funktion als Bindeglied und Kommunikationsfeld zwischen den Mitgliedern erfüllt.

Horst Parton dankte den sechs Redaktionsmitgliedern und wünschte ihnen auf für das kommende Jahr Gesundheit und Freude an der Arbeit.

\*

## Erwartungen für das Jahr 2022: Krisen dürfen nicht in Kriege münden!

Jürgen Heiducff

Das Thema „Corona - Pandemie“ ist seit Monaten medienpräsent wie kein anderes. Die Medien sind davon übersättigt. Man möchte davon kaum noch lesen, sehen oder hören.

Die Welt erlebt eine Pandemie, die die Gesundheitssysteme auch moderner und reicher Staaten an ihre Grenzen führte. Es ist eine Naturkatastrophe - nicht nachweislich primär menschengemacht. Sie wird begleitet von einer globalen Klimakatastrophe.

Die Ängste, die die Infektionswellen begleiten, zermürben die Menschen, verursachen bei vielen ein Gefühl, ausgeliefert zu sein und bei einigen auch Depressionen.

Viele Anzeichen deuten darauf hin, dass sich dies so fortsetzen könnte. Keine guten Aussichten für die Zukunft? Oder birgt diese Lage auch eine Chance in sich?

Natürlich hat eine solche Pandemie grundsätzlich das Potential, die bisherige Daseinsform des Menschen in Frage zu stellen.

Dies alles ist Teil eines Systems globaler Krisen. Dazu zählen noch andere überregional wirkende Krisen wie die des Klimas, der Finanzen, der Wirtschaft, der ständig steigenden Zahlen erretteter und geflüchteter Menschen.

Aber über der Menschheit schwebt eine weit größere Gefahr: die der Vernichtung des gesamten Lebens und der Verwüstung ganzer Regionen durch den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln, insbesondere von Kernwaffen. Und diese Gefahr ist menschengemacht. Was durch Menschen verursacht wurde, sollte auch durch Menschen wieder revidiert werden können. Dies entspräche einer Erwartung, die der Vernunft und Verantwortung entspringt. Es ist die zwingende Chance, die der Krise entspringt.

Die weltweite krisenhafte Entwicklung ist nicht allein die Folge der Corona-Pandemie. Sie hat ihre Wurzeln im Wachstumswahn, der krankhaften Gier nach immer mehr Gewinn

und Macht in der Welt des neoliberalen Spätkapitalismus. Demokratische Staaten ohne autoritären Führungsapparat sind kaum noch fähig, Krisen vorauszu sehen, nachhaltig zu regulieren oder einzudämmen.

Es ist unverantwortlich, in dieser Situation Propaganda und politische „Spiele“ zu inszenieren, die sich vor allem gegen Russland und China richten.

Völlig unverstän dlich ist die Tatsache, dass sich gegenwärtig in dieser fast aussichtslosen Lage ernst zu nehmende Politiker, Repräsentanten von Staaten oder überstaatlicher Organisationen dazu hergeben, ihre Interessen mit Gewaltandrohungen durchsetzen zu wollen. Dies geschah beispielsweise während des NATO-Treffens in Riga Ende November. NATO-Politiker drohten Russland mit ernstesten Konsequenzen, wenn das größte Land der Welt nicht einlenke und den Wünschen des Nordatlantischen Militärpaktes entspreche.

Russland verfügt über die quantitativ größten Kernwaffenvorräte der Welt. Mehr als 6000 Kernsprengköpfe dienen dort der Abschreckung. Und machen wir uns nichts vor: Abschreckung ist nur realistisch wenn auch der politische Wille zu seiner Realisierung besteht.

Es gibt nur einen Weg, der ein nukleares Inferno verhindert: den diplomatischen. Zu den guten Ansätzen gehört die Stockholmer Initiative von 16 Staaten für atomare Abrüstung, darunter Deutschland, Spanien, Schweden, Kanada, Japan und Argentinien.

Die schwedische Außenministerin Ann Linde erklärte das Risiko des Einsatzes von Atomwaffen sei so groß wie seit langem nicht mehr. „Die nukleare Abrüstung ist eine Voraussetzung für den Schutz der Menschheit und unserer gemeinsamen Sicherheit“, schrieb sie in einer Mit-

teilung. (dpa am 13.12.2021) Die internationale Gemeinschaft muss sich für ein Nachfolgeabkommen zu New START einsetzen.

Es gilt auch weitere internationale Abrüstungsinitiativen und das Nichtverbreitungsregime voranzubringen.

Im Jahre 2022 findet die Überprüfungs-konferenz des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) statt.

Ziel muss die atomwaffenfreie Welt sein. Auch Deutschland muss sich von Atomwaffen befreien. Das erfordert den Abzug der amerikanischen Kernwaffen aus unserem Land und den Verzicht auf die nukleare Teilhabe.

Die Teilnahme Deutschlands als Beobachter an der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffen-Verbotsvertrages eröffnet weitere Chancen auf dem Weg zu Global Zero – einer atomwaf-

fenfreien Welt. Das setzt den Verzicht der NATO auf nukleare Abschreckung voraus.

Von den kernwaffenbesitzenden Staaten hat bisher nur die Volksrepublik China in ihrer Militärdoktrin den Verzicht auf Ersteinsatz von Kernwaffen erklärt.

Koalitionsverhalten hat Vor- und Nachteile. Es ist jedoch nicht immer empfehlenswert, den USA blind zu folgen. Die Kriege in Vietnam, in Afghanistan und im Irak haben dies anschaulich gezeigt.

Für die neue Bundesregierung ist es jetzt besonders wichtig, Verantwortung zu zeigen. Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk heißt vor allem, das oberste aller Menschenrechte, das Recht auf Leben in Würde zu garantieren.

\*

## Denkmal 1

# Auflösung der Sowjetunion ist eine geopolitische Katastrophe

Lothar Schlüter

Mit dieser Aussage machte der russische Präsident Wladimir Putin bei westlichen Politikern und den westlichen Medien Schlagzeilen. Im Monat Dezember des Jahres 2021 gab es ein weiteres Jubiläum, indem die Russen wiederum eine Rolle spielten. Vor genau 30 Jahren, am 8. Dezember 1991, trafen sich unter strengster Geheimhaltung die Präsidenten der Russischen, Weißrussischen und der Ukrainischen Sowjetrepublik, Boris Jelzin, Stanislaw Schuschkewitsch und Leonid Krawtschuk, im weißrussischen Regierungs-Jagdschloss Wiskuli im Nationalpark Beloweschskaja Puschtscha, nahe der polnischen Grenze. Die drei unterzeichneten ein Dokument, in dem das Ende der Existenz der UdSSR als völkerrechtliches Subjekt festgeschrieben wurde. Die anschließende Veröffentlichung des Ergebnisses dieses Treffens überraschte die Weltöffentlichkeit und führte zu Verwerfungen in der internationalen Politik und Wirtschaft, welche bis in die Gegenwart hineinwirken.

Erinnern wir uns: Gorbatschows Politik von Perestroika und Glasnost war gescheitert. Das sozialistische Weltsystem erodierte und die sowjetische Gesellschaft befand sich in einer tiefen Krise.

Unter dem Gesichtspunkt der Legitimität wiesen die Vereinbarungen von Wiskuli und ihre konspirativen Umstände staatsstreichartige Züge auf: Sie wurden geheim, hinter dem Rücken des Volkes vorbereitet und waren irregulär, weil sie gegen die Verfassungen der UdSSR und deren Republiken verstießen. Am 17. März 1991 fand – unter intensivem publizistischen Störfener Boris Jelzins und seiner Partei „De-

mokratisches Russland“ – ein unionsweites Referendum statt, bei dem sich über 76 Prozent der Gesamtbevölkerung, darunter die absolute Mehrheit der Bevölkerungen Russlands, Weißrusslands, Kasachstans und der Ukraine, für den Erhalt der Union aussprachen.



Wohin geht Lenin? Skulptur an der Mündung des Wolga-Don-Kanals in die Wolga

Foto W.Kroschel

Die Folgen des dann von Jelzin und seinen transatlantischen Einflüsterern betriebenen Raubtierkapitalismus nahmen für den überwiegenden Teil der russischen Bevölkerung katastrophale Züge an.

Der russische Historiker Wassili Spizin formulierte dazu: „Das Referendum im März 1991, bei dem 77 Prozent der Bürger für den Erhalt der Sowjetunion gestimmt hatten, hätte als Legimitation ausgereicht, damit Gorbatschow alle Vollmachten gehabt hätte, im Rahmen der Verfassung einen Ausnahmezustand auszurufen.“ Und weiter: „Es hätte genügt, diese Gruppe von Akteuren (Jelzin, Krawtschuk und Schuschkewitsch) zu verhaften, die nicht be-

fugt waren, derartig gegen das Land zu handeln, und sie nach dem Gesetz gemäß Artikel 58 des Strafgesetzbuches der UdSSR ‚Verrat am Vaterland‘ zur Verantwortung zu ziehen.“

Wladimir Putin bezeichnete in einem Interview mit dem Fernsehsender „Rossija 1“ im Jahr 2005 rückblickend, dass er die Auflösung der Sowjetunion als „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ betrachte. Dies brachte ihn den Ruf bei westlichen Politikern ein, dass er mit seiner Präsidentschaft daran arbeite, die Sowjetunion wieder zu errichten. Ein Dauerthema, das die hiesigen Medien gern pflegen.

Nach wie vor spielt dieses Thema in der innenpolitischen Entwicklung der Russischen Föderation eine nicht zu unterschätzende Rolle. Diese Thematik ist bei vielen Menschen (mehr als 36 Prozent) immer noch aktuell. Präsident Putin hatte anlässlich dieses 30. Jahrestages noch einmal betont, dass mit dem Ende der Sowjetunion ein ganzer geschichtlicher Prozess in der Historie Russlands unterbrochen bzw. zerstört worden ist. Damit soll aber nicht die Illusion geweckt werden, dass wir in der nächsten Zeit wieder mit dem Entstehen der Sowjetunion rechnen können. Wir Bürger der DDR können nachvollziehen, was gesellschaftliche Umbrüche für den einzelnen Menschen bedeuten können und wie es sich anfühlt, wenn man seiner eigenen Geschichte beraubt wird. Über 70 Jahre Sowjetmacht und 40 Jahre Deutsche Demokratische Republik haben in der Gedanken- und Gefühlswelt der Menschen tiefe Spuren hinterlassen und sind omnipräsent.

\*

## Denkmal 2

**Was zur unvergessenen Geschichte der Sowjetunion gehört, ist der militärischer Sieg zum Jahresbeginn 1943 am Wolgaufer in Stalingrad. Ich bin mit dieser Stadt durch vielfältige, ökonomische, politische und kulturelle Fäden verbunden und besuche sie, wann immer es geht, mindestens ein Mal im Jahr.**

Wolgograd, diese Stadt war jedem in der DDR Aufgewachsenen ein fester Begriff für die Wende in dem Krieg, mit dem die großmäuligen Deutschen Europa und besonders diese Stadt an der Wolga überzogen.

Aber bei allem, bei Literatur, Filmen, Berichten, war uns die Stadt trotzdem weit weg und ein richtiges Bild wollte sich – im Gegensatz zu Moskau oder St. Petersburg - im Detail nicht einstellen.

Da bekam ich durch eine „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“ im Jahre 2005 die Gelegenheit, als Sprachmittler in diese Stadt zu fahren. Mit einem Transporter und zwei Lkw, die eine zerlegte Orgel im Schlepp hatten um diese fast 3000 Kilometer durch Polen und die russische Steppe „erfahren“, um sie in Sarepta, südlich von Wolgograd, in ein „Kirchlein“ der Herrnhuter Brüdergemeine einzubauen. Dieses war vor gut zweieinhalb Jahrhunderten errichtet worden, als die Zarin Katharina II. deutsche Menschen zur Besiedlung des Wolgagebiets einlud.

Dieser abenteuerlichen Reise schlossen sich mehrere nach Sarepta an und durch die „Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde“ lernte ich auf weiteren Reisen das (Schicksals-)Bild dieser Stadt kennen. Wie anders reich ist diese Stadt! Nicht goldene Kirchtürme, nicht üppige historische Denkmäler. Nein: auf 90 Kilometer erstreckt sich eine aus Trümmern wieder empor gewachsene Stadt, die die Nähe des Wolgawassers mit dem würzigen Duft der südrussischen Steppe mischt, in der die Klänge der Donkosaken aus dem eigenen Theater ins Freie strömen und Lust auf einen Besuch eines der Kosakendörfer befördern.

Und es ist nicht zuletzt das unendlich erscheinende Gräberfeld von Rossoschka, auf dem internationale Jugendbrigaden immer noch die Überreste der Schlacht von Stalingrad bergen.

Das schweigende riesige Feld birgt vor allem deutsche aber auch Knochen ihrer „Verbündeten“ und, durch eine Straße getrennt, die Gräberfelder der Sowjetsoldaten.

Über beiden möge sich der friedliche Himmel von Stalingrad wölben und in die Welt von heute ausstrahlen.

**Wolfgang Kroschel**

\*



Liebe Freunde und Genossen in Berlin,

vielen Dank für Euren Bericht über das Treffen am 7. November an der Gedenktafel in der Richard-Sorge-Straße.

Wie Ihr in Berlin, so haben wir hier in Chemnitz, Hohe Straße (früher Richard-Sorge-Straße) einen Gedenkort für Richard Sorge. Er wurde in den 70er Jahren anlässlich der Namensverleihung an die GO der DSF errichtet.

Der Infotafel am Gedenkstein war in den 90er Jahren offensichtlich ein ähnliches Schicksal beschieden wie Eurer. Bis 2018 blieb dieser einzige Erinnerungsort im jetzigen Sachsen ohne Tafel, danach ersetzte sie der hiesige Stadtverband des VVN BdA.

In diesem Jahr hatten diese Tafel, vom Verdacht her keine Unbekannten, ins Visier genommen und versuchten sie innerhalb von drei Wochen zweimal unkenntlich zu machen. Der Erinnerungsort schien besonders vor der Bundestagswahl gut geeignet, die Ablehnung dieses Ortes und unserer Pflege mit Zerkratzen und später mit dem Auftragen von roten Textmarker Streifen sichtbar zu machen. Bis eine neue Tafel angebracht wird, wurde der ursprüngliche Zustand trotzdem wieder hergestellt.

Zwischenzeitlich sind die Anzeigen gegen Unbekannt in einer umfangreichen Akte der Kriminalpolizei zu weiteren Straftaten im Bereich dieses geschichtsträchtigen Teiles vom Kassberg „gelandet“ (Schriftzüge vor einem Gymnasium gegen die Corona-Maßnahmen

und Zerstören von PKW in der Hohe Straße).

Das hielt uns nicht davon ab, ebenfalls am 7. November dieses Jahres Dr. Richard Sorges zu gedenken. Auch für Anwohner und Spaziergänger ist dieses kleine Parkterrain manchmal Anlass, stehen zu bleiben. So gab es bisher aufschlussreiche Gespräche, in denen überraschend auch eine Wertschätzung von Richard Sorge und seiner Lebensleistungen geäußert wurde. Auch wenn sich diese Wertschätzung kaum noch in der Benennung von Straßen und Schulen niederschlägt, so gibt es sie. Diese muss am Leben erhalten werden, gegen die Aktivitäten der „Aufarbeitungsindustrie“.

Für uns ist somit der Sorge-Gedenkstein nahe der früheren BV Karl-Marx-Stadt auch ein Ort des Erinnerens und persönlichen Reflektierens.

**Peter Blechschild TIG Chemnitz**

\*

## Aus der Postmappe

### Koalitionsvertrag

Ich habe den Koalitionsvertrag, der zwischen den drei Parteien ausgehandelt wurde gelesen. Überwiegend fand ich die knapp 180 Seiten für mich eher langweilig. Aber dann, auf Seite 147 Zeile 12 dieser Satz: „Das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt der UN werden wir ratifizieren.“

Bisherige Bundesregierungen, egal in welcher Zusammensetzung, haben seit Jahren

die Ratifizierung geprüft, ohne dieses Protokoll auch nur gegengezeichnet zu haben. Für mich heißt das, es hat sie nicht interessiert.

Ich sehe hier, vorausgesetzt eine Regierung unter Olaf Scholz ratifiziert, eine reale Chance für ISOR, etwas im Rentenstrafrecht zu bewegen.

Im Zusatzprotokoll zum Sozialpakt ist unter anderem festgelegt, dass Einzelpersonen, aber auch Personengruppen nach Ausschöpfung des nationalen Rechtsweges sich beim zuständigen Fachausschuss der UN beschweren können, wenn sie sich in ihren wirtschaftlichen und sozialen Rechten verletzt fühlen. Für uns ehemalige DDR Bürger, die mit einer ungesetzlichen Rentenstrafe leben müssen, könnte es ein Lichtblick sein. Dann wird es ISOR nutzen.

**Wilfried Steinfath**

\*

Liebe Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde, wie immer habe ich mit Freude und Genuss den Beitrag von Hans Bauer gelesen. Spricht mir aus dem Herzen!

Was mir jedoch zu denken gibt, ist manches aus den TIG und den Leserbriefen. Offensichtlich sind immer noch viele von uns der Auffassung, die Partei die LINKE würde in irgendeiner Form unsere Interessen vertreten, gar für uns kämpfen. Meine persönliche Erfahrung lehrt mich da leider etwas völlig anderes. Die PdL ist inzwischen eine Partei wie jede andere im Bundestag. In Bezug auf unseren Kampf um Gerechtigkeit und Respekt sogar schlimmer. Denn wegen ihrer geschichtlichen Wurzeln sollte sie eigentlich einen Gegenpol zur üblichen Diffamierung, offenen



und versteckten Hexenjagd darstellen. Keine Bundestagssitzung dürfte ohne entsprechende Bemerkungen seitens PdL Abgeordneten vergehen. Aber sie schweigen. Im Parlament und auch außerhalb. Beteiligen sich gar an der Diffamierung und Dämonisierung.

ISOR Mitglieder, welche Hoffnung in diese Partei setzen, haben offenbar vieles vergessen oder verdrängt. Um nur einige Tiefpunkte zu nennen:

Die "Gedenktafel" am ehemaligen Gebäude des MfS in Berlin wurde nicht nur von einer Bürgermeisterin der PDS angebracht. Die Partei hatte in der BVV, welche den Text beschloss, der dem MfS Terror bescheinigte, die absolute Mehrheit. Die damalige Bürgermeisterin ist meines Wissens stellvertretende Vorsitzende des Ältestenrates der PdL.

Der jetzige LINKEN- Ministerpräsident von Thüringen setzte das MfS mit der Gestapo gleich, in zwei Koalitionsverträgen in Thüringen wurde die DDR als Unrechtsstaat bezeichnet und somit auf eine Stufe mit dem Nazistaat gestellt.

Erst kürzlich wurde das im Interview einer der Co-Vorsitzenden der Partei gar als Beispiel für die demokratische Vielfalt ihrer Partei gelobt. Auf der Internetpräsenz der PdL wird das MfS weiterhin als "Staatsicherheitsdienst" bezeichnet, IM als "informelle Mitarbeiter".

Man kann diese Partei, wie jede andere der Parteien, sicher wählen. Sie aber als Interessenvertreterin zu betrachten und deshalb zu unkritischen Veranstaltungen einzuladen, halte ich für falsch und kontraproduktiv.

Mit solidarischen Grüßen, bleibt gesund und ein schönes Weihnachten.

**Volker Liebscher, Berlin**

\*

### Ehrenamt - Danke

Angeregt durch einen Artikel in der regionalen Tageszeitung äußere ich mich zu einem Umstand, der meiner Meinung nach viel zu wenig Berücksichtigung findet.

In dem Artikel „Ein Leben für andere – die gute Seele von Bernau“ geht es um eine 80jährige Frau, ihr großes Engagement für Nachbarn – die Menschen in ihrem Kiez, ihr Wirken in der Volkssolidarität und ihre Hilfe für krebserkrankte Kinder. „Sich um andere zu kümmern, Menschen in Not zu helfen, das bestimmt seit frühester Kindheit das Leben der gelernten Krankenschwester“ heißt es in dem Artikel.

Nur Eingeweihte wissen, diese Frau ist Mitglied in unserem Verein, unserer TIG. Ist es nun etwas Besonderes? Einerseits ja, es ist etwas Besonderes, sich so für andere einzusetzen. Andererseits nein, viele unserer Mitglieder sind nicht nur in unserem Verein aktiv.

Viele, ja viele unserer Mitglieder sind trotz ihres hohen Alters aktiv. Zum Beispiel in der Volkssolidarität, der AWO, dem DRK, dem DFD, der freiwilligen Feuerwehr, in Sportvereinen, in Senioren- und Heimatverbänden sowie Fördervereinen unterschiedlicher Art.

Ich glaube, dass die Würdigung dieser ehrenamtlichen Arbeit etwas zu kurz kommt.

Diese Würdigung beabsichtige ich mit diesen Zeilen.

Zeigt sie doch die Haltung und Gesinnung, die unsere Mitglieder charakterisiert.

Nach Wilhelm Busch „Glück entsteht oft durch Aufmerksamkeit in kleinen Dingen, Unglück oft durch Vernachlässigung kleiner Dinge.“

Neben unseren politischen Zielen ist es auch die aktive Hilfsbereitschaft und Solidarität,

welche unsere Mitglieder prägt. Deshalb fanden sie ihren Weg in die bewaffneten Organe der DDR. Mit der Annexion der DDR haben die Mitglieder und die ehemaligen Mitglieder unseres Vereins sowie die meisten anderen ehemaligen Mitarbeiter diese Haltung und Gesinnung nicht aufgegeben. Es ist für keinen Menschen leicht, in einem Ehrenamt zu sein.

Für die Mühen und die Wehen, die Ihr jahrelang erbracht, einmal "DANKE - wir haben auch an Euch gedacht".

**Thomas Caden, TIG Barnim**

\*

### Demonstration und Demokratie

Liebe Genossen und Freunde,

Ich bin der Enkel des Spanienkämpfers und Teilnehmer des antifaschistischen Widerstandskampfes der Resistance in Frankreich, Hermann Leipold, den Älteren vielleicht noch bekannt, als er in Leipzig, Magdeburg, Berlin und Potsdam die Kaderabteilungen in diesen Bezirksverwaltungen aufbaute und leitete. Ich war in unserem Ministerium bis zum Ende in der Abteilung Nachrichten als Oberleutnant tätig. Ich erhielt die Dezemberausgabe unserer Isorzeitung gleich doppelt. In beiden Zeitungen lag ein fremdes Blatt als Einleger, das sich gegen die friedlichen, aber lautstarken Demonstrationen der Gegner der Coronapolitik der Bundesregierung wandte. Unterzeichnet auch von Mitgliedern der Linken und sogar ehemalige Genossen unseres Ministeriums. Ich habe Berufsausbildung mit Abitur, habe die Kreispartei in Hessenwinkel mit „Sehr gut“ absolviert, worauf ich heute noch stolz bin, wo ich das weltanschauliche Rüstzeug für mein Leben erhielt. Letztlich hatte ich das Glück und wurde nach Leipzig zum Direktstudium an die Ingenieurschule „Rosa Luxemburg“ delegiert und wurde Ingenieur und Offizier. Ich stehe immer noch fest zu meiner marxistisch-leninistischen Weltanschauung, seit 1998 auch ohne Parteibuch. Mit Sorge um meine Kinder und Enkel sehe ich die Entwicklung im Land. Meine Kinder waren voriges Jahr bei der Querdenkerdemonstration in Berlin, weil sie Angst um ihre eigenen Kinder hatten. ARD und ZDF haben die Demonstration gleich in die rechte Ecke gedrückt und die Teilnehmerzahl nach eigenem Wunsch korrigiert, weil 50 Provokateure den Bundestag stürmen wollten. Wenn ihr ehrlich seid, wäre das mit unserem Ministerium nicht passiert, jeder kann sich seinen Teil denken. Ich war bei der ersten Querdenkerdemo in Bernau. Hier stand auf einem Plakat gleich, das Rechte Kräfte keinen Platz haben und draußen bleiben. Ich war bei den letzten drei großen Demonstrationen in Bernau und weiß, wovon ich rede. Durch ARD und ZDF werden alle Ungeimpften

## Zwischenruf

Ungeheuerliches spielt sich im Schutze der Kremllmauer ab: Putin (wer sonst) hat wieder mal einen baerischen Bock geschossen und lässt dort einen Weihnachtsbaum aufstellen, der von westlichen aufmerksamen und fachlich versierten Beobachtern sofort als „protzig“ eingestuft wurde. Allein seine schiere Größe von 28 Metern ist eine Bedrohung, zumal der unprotzige Baum am Brandenburger Tor in der wichtigsten Hauptstadt der Welt nur 17 Meter aufweisen kann.

Dann lässt der Kreml-Chef auch noch Kinder anmarschieren, die, so meldet es Euronews, „beim Schmäcken helfen“. Noch nicht mal das kann er alleine. Den Schülerinnen und Schülern hat das wohl, so meldet es Putins Nachrichtenagentur, auch noch Freude gemacht.

Diese Meldung verdeckt doch nur, dass als letzte Reserve des Regimes Kinder zur Arbeit in den Kreml eingezogen werden.

Dann fehlt nur noch, dass, wie zu Sowjetzeiten, Kinder zum Jolka-Fest am 6./7. Januar um den Baum tanzen müssen.

Unter diesem Druck bleibt ISOR aktuell nichts weiter übrig als den im und um den Kreml herum befindlichen Kindern und Erwachsenen ein friedliches Jahr zu wünschen.

w.k.

als Sünder des Volkes hingestellt. Sogar Sahra Wagenknecht wird als Impfverweigerin beschimpft. Ich sage jetzt mit Absicht: Herr Gysi hat nichts weiter zu tun, als als Rechtsanwalt festzustellen, dass die Corona- Impfgegner sich gegen den Staat wenden und spricht ihnen somit ab, sich für ihre Grundrechte als Menschen einzusetzen und erklärt, sie könnten mit Geldstrafen und Gefängnis belangt werden. Setzt sich selber aber für Impfprämien ein, anstatt für den Erhalt des Grundgesetzes zu streiten. Gregor Gysi hat 1990 auf der ersten großen Versammlung der PDS in Bernau gesagt, es wird der Tag kommen, wo wir das Grundgesetz verteidigen müssen! Er hat diesen Satz vergessen. Die Linke hat mit der Zustimmung zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes im Bundesrat die letzte Hoffnung in mir begraben, eine linke Partei zu sein. Die Bundestagsfraktion der Linken hat dieses Gesetz abgelehnt und Herr Benjamin Immanuel Hoff stimmte durch Auftrag von Bodo Ramelow zu und lobte auf dieser Veranstaltung noch die Merkelsche Demokratie in unserem Land in höchsten Tönen und begrüßte den Polizeieinsatz mit Wasserwerfern gegen Andersdenkende, genannt „Querdenker“. Die Linke war schon längst auf der Bahn jenseits ihrer Aufgabe, die Interessen des werktätigen Volkes zu verteidigen. Der Kampf um Abgeordnetenplätze und Mitregieren war wichtiger. Die Vorzüge und Triebkräfte des Kapitalismus hatten gesiegt.

Die Leute auf den Demonstrationen haben Angst vor einem neuen Europäischen Faschismus. Warum werden sonst die großen Demonstrationen in unseren anderen europäischen Ländern verschwiegen? Abschließend möchte ich sagen, fremde Einleger gehören nicht in die Isor-Zeitung. Keiner hat das Recht den Gesinnungsterror der Regierung weiter zu verbreiten, zu unterstützen und schon gar nicht in unserer Zeitung oder mit Hilfe unserer Zeitung. Zu unserer Demonstration in Bernau waren immer Geimpfte und nicht Geimpfte willkommen. Faschistische Zeichen oder Entgleisungen habe ich nicht erlebt. Es waren viele jüngere Familien mit Kindern anwesend, die rebellische Angst um die Gesundheit ihrer Kinder und ihre eigene Gesundheit haben. Als Marxist und Materialist glaube ich an die Natur des Menschen. Ich habe bis zum Renteneintritt jede Gripeschutzimpfung mitgenommen. Wir müssten uns als Geächtete der Gesellschaft gerade gegen Ausgrenzung wehren. Jeder sollte über seinen Körper selber bestimmen und ich kämpfe dafür, dass es so bleibt. Ich war Teilnehmer unseres FDJ-Bataillons zu großen Jugendveranstaltungen in Berlin. Ich weiß, dass es auch von unserem Ministerium Provokateure gab, um dekadente Gruppen schnell zu isolieren. Mit demselben Gespür kann man natürlich auch rechte Störer erkennen und sich öffentlich

distanzieren. Am 20.12.21 war ich wieder zu einem ruhigen Spaziergang in Bernau und die Solidarität wächst. Bei diesen Spaziergängen lernt man interessante junge, aber auch ältere Menschen kennen, die ähnlich oder genau so denken wie ich. Es ging nicht nur um die drohende Impfpflicht, sondern endlich Nordstream 2 in Betrieb zu nehmen. Keiner will Krieg mit Russland. Ein jüngeres Ehepaar wollte sogar nach Russland auswandern, weil sie hier in Deutschland keine Zukunft mehr für sich und ihre zwei Kinder sehen. Viele Grüße, für Toleranz und Respekt in der Gesellschaft.

Günter Leipold, Bernau

\*

### Fundstück

Heute wie damals glauben nicht wenige Führer der Sozialdemokratie (der Partei DIE LINKE; Einfügung von B. Gnant) unter den Nachwirkungen früherer opportunistischer Irrungen, auf die marxistische Grundorientierung verzichten zu können, da diese angeblich „überholt“ sei. Sie versäumen und vernachlässigen das Studium des Marxismus und seine unerlässliche schöpferische Weiterentwicklung und Anwendung auf die besonderen Verhältnisse der Gegenwart. Das gilt sowohl für die Lehre vom Staat und vom Weg zum Sozialismus wie auch für die Frage der Anwendung revolutionärer Kampfmethoden.

Heute wie damals wird die Auffassung vertreten, dass die Überwindung von Not und Elend am schnellsten und leichtesten zu erreichen sei, wenn man die Hilfe der imperialistischen Westmächte in Anspruch nimmt, kritiklos in die Kampffront gegen die Sowjetunion einschwenkt und eine wüste Hetze und Verleumdung gegen die Sowjetunion entfacht. Heute wie damals wird schließlich von führenden Vertretern der Sozialdemokratie (der Partei DIE LINKE; Einfügung von B. Gnant) die Bedeutung einer formalen Demokratie überschätzt und dabei übersehen, dass, solange die Klassenverhältnisse nicht geändert, die Machtverhältnisse in Staat und Gesellschaft nicht gründlich umgestaltet sind, die Demokratie nur eine Tarnkappe für die alten reaktionären Mächte ist, die beiseite geworfen wird, sobald Monopolkapitalisten und Junker die Zeit dafür reif halten.

Zitat aus Otto Grotewohl

DREISSIG JAHRE SPÄTER Die Novemberrevolution und die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Seite 10, Dietz Verlag Berlin 1953; eingesandt von Bernd Gnant

### Lesenswert

#### Gerhard Ferchland: „Wiedervereinigung und Systemfrage“

Verlag am Park in der Edition Ost 2021, Berlin 2021, 222 Seiten, 15 Euro, ISBN 978-3-89793-332-3

Gerhard Ferchland, 1931 geboren, fügt dem Titel hinzu: „Eine Streitschrift gegen die herrschende Ordnung.“

Empfehlenswert, weil hier in einer sehr gestrafften und fundierten Form gesellschaftliche Wirklichkeit beschrieben und, dieser folgend, die manipulativen Elemente der Verschleierung erhellet und der Weg in eine humanistische Welt, als Herausforderungen und Bedingungen dafür zur Diskussion gestellt werden.

Eine Lektüre gegen die Unwissenheit. Eine Aufforderung zur kritischen Analyse des Bestehenden und zu dessen Infragestellung, zur Auseinandersetzung und zur Bestimmung des eigenen Handelns. Gerhard Ferchland war Lehrer in der pädagogischen Wissenschaft.

Sein Bestreben ist, dem Menschsein Sinn zu geben. Das kann nur mittels gesellschaftlicher Verhältnisse geschehen, in denen dies Bedingung des allgemeinen Seins ist. Ein gutes Leben ist nicht auf Kosten anderer, in einer zerstörten Umwelt und mit Kriegen überzogen, möglich. Das ist seine Botschaft.

KDJ

\*

#### Johanna Weinhold Die betrogene Generation

Der Kampf um die DDR-Zusatzrenten  
Ch. Links Verlag 2021,  
ISBN 978-3-96289-125-1  
238 Seiten, Preis 18 Euro

„Etwa 1,3 Millionen Menschen haben in der DDR einen Anspruch auf eine Zusatz- oder Sonderrente erworben. Mit dem Beitritt zur Bundesrepublik wurde das DDR-Rentenrecht in bundesdeutsches Recht überführt“, heißt es im Klappentext. „Die Folge: die zusätzlichen Ansprüche wurden nach einer kurzen Übergangsfrist gekürzt oder gestrichen.“

Dankenswerterweise hat die Autorin neben den Betroffenengruppen (Balletttänzerinnen, technische Intelligenz, geschiedene Frauen, Krankenschwestern, Bergleuten, Reichsbahnern und weiteren Kreisen) und auch ehemaligen Mitarbeitern des MfS ein Kapitel gewidmet (Seiten 133 bis 147). Ich

hebe das hervor, weil eine solch objektive Betrachtungsweise, wenngleich unerlässlich, dennoch nicht so häufig bei analogen Publikationen anzutreffen ist. Dafür Dank an die Autorin.

Die objektive Darstellung der Materie ist zu betonen, und auch ihr Hinweis auf eine Äußerung von Marianne Birthler (Bündnis 90) in einer Volkskammertagung 1990 erscheint mir sachorientiert und bemerkenswert, wenngleich von den heute politischen Verantwortlichen ebenso ignoriert wie damals: „Es geht um sozialen Frieden. Wir wissen alle davon, das Menschen, die sich im sozialen Abseits befinden, dazu neigen, sich zu radikalisieren... Insofern hat Soziales eine enorm politische Dimension.“

Dieses Buch erscheint mir lesens- und empfehlenswert

**Horst Bischoff**

\*

### Auch das noch

Russland hat vor der Generalversammlung der UNO eine Erklärung zur Verurteilung der Verherrlichung von Nazismus, Neonazismus und Rassismus eingebracht. Diese wurde mit den Stimmen von 130 Staaten angenommen. Die USA stimmten, wie schon in der Vergangenheit dagegen, weiterhin die Ukraine. Nun gut, wer sich den USA andienen will, muss schon deren Choräle singen.

49 Staaten, zumeist Vasallen der USA, enthielten sich der Stimme. Darunter, Überraschung! Deutschland. Schon wegen der deutschen Geschichte wäre klare Kante notwendig. Und Deutschland? Es schlängelt sich ohne eigene Meinung wieder mal so durch. JA ging nicht, die USA hatten schließlich NEIN gesagt. Das Fleisch wäre vielleicht willig, aber, wir haben eine SPD-geführte Kanzlerschaft, und nach Art des Hauses ist der Geist schwach, also Stimmenthaltung. Fürs Binnengewissen ab und an ein paar Stamm-

tischparolen gegen rechts. Aber nichts übertreiben bitte.

Ich weiß gar nicht, warum hier Bertolt Brecht Arturo Ui sagen lässt:

„Dass Keiner uns zu früh triumphiert – Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“.

**Wilfried Steinfath, Berlin**

\*

### Vorschlag für 2022 Nobelpreisträger fordern Ende des Wettrüstens

Mehr als 50 Nobelpreisträgerinnen und -träger, Präsidenten wissenschaftlicher Akademien und andere höchstdekorierte Spitzenforscher haben an die Staats- und Regierungschefs der Welt appelliert, die Rüstungsausgaben aller Länder in den nächsten fünf Jahren um jährlich zwei Prozent zu senken. Sie verweisen darauf, dass sich die Rüstungsausgaben seit 2000 verdoppelt haben, sich jährlich inzwischen zwei Billionen US-Dollar annähern und in allen Regionen der Welt steigen. Sie sind ernstlich besorgt über weltweit wachsende Kriegsneigung und eine immer stärkere gegenseitige Dämonisierung. Mit den freiwerdenden Mitteln (einer Friedensdividende) könnten gravierende Menschheitsprobleme, wie extreme Armut, Pandemien und die Folgen des Klimawandels bekämpft werden. (Vgl. <https://peace-dividend.org>, auch mit der Möglichkeit der Mitunterzeichnung) In den deutschen „Qualitätsmedien“ (Ausnahme: „Die Zeit“ und „Tagesspiegel“) wurde dieser Appell der Vernunft kaum beachtet, passt er doch so gar nicht in die Anheizung internationaler Konflikte und Spannungen, der sich die „robustere“ Außenpolitik der neuen stahlhelmgrünen Außenministerin verschrieben hat.

### Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

v.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 30.12.2021

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.01.2022

Einstellung im Internet: 04.02.2022

Auslieferung: 09.02.2022

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030) -29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Dienstag bis Donnerstag, 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16